



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 25. Juni 2025

4761. 2025/145

Weisung vom 09.04.2025:

Sozialdepartement, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2024 der Asyl-Organisation Zürich (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Sanija Ameti (Parteilos): Das Weltgeschehen lässt keine Gewissheit zu. Obwohl sich die Flüchtlingszahlen im Jahr 2024 in der Schweiz verglichen mit den vorherigen Jahren eher ruhig verhielten, kann sich das innert Tagen oder Stunden ändern. Das bedeutet für die Stadt Zürich als Eigentümerin der Asyl-Organisation Zürich (AOZ), dass sie flexibel und resilient sein muss. Für die AOZ bedeutet das konkret, dass sie genügend geeigneten Wohnraum für die Unterbringung der Flüchtlinge bereithalten muss, um ihre Integration zu ermöglichen und zu fördern. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) begrüsst, dass das im Jahr 2024 ein wichtiger Fokus war und weiterhin bleibt. Ein Krisenmanagementkonzept wird erarbeitet, das eine Handhabung der volatilen Entwicklungen im Asylbereich bieten soll. Auch wenn in der AOZ auf verschiedenen Stufen Wechsel stattfanden, zeigt der umfangreiche Bericht die schrittweisen Verbesserungen, die seit der im Jahr 2022 angestossenen Reorganisation im Gang sind. Die GPK beobachtet, dass diese Massnahmen die AOZ gestärkt und zu ihrer Handlungsfähigkeit beigetragen haben. Die GPK beantragt darum einstimmig, die Genehmigung des Geschäftsberichts anzunehmen. Nun zum Fraktionsvotum, das sich mit meinem deckt: Handlungsfähigkeit und Resilienz sind wichtig, genau wie die Menschlichkeit. Wie viel Mensch jemand ist, misst sich daran, wie er die Schwächsten behandelt. Die AOZ erbringt im Bereich der Schwächsten – der Mineurs non accompagnés (MNA) – mehr, als es der Kanton vorschreibt und folgt dem Standard, der in Kinder- und Jugendheimen zur Anwendung kommt. Diesen gleichen Stand zwischen geflüchteten und hiesigen Kindern musste die Stadt erst erringen. Natürlich bedeutet das höhere Ausgaben, doch genau dort liegt der Stolz, Stadtzürcher*in zu sein, Mensch zu sein. Spart nicht am Menschsein.



Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): In den letzten Jahren haben wir den Geschäftsbericht der AOZ immer abgelehnt. Das sieht zwar nach einem Paradigmenwechsel aus, doch es ist klar, dass man über den Geschäftsbericht der AOZ keine Asylpolitik macht. Diese ist Sache des Bundes. Die Stadt kann nichts anderes machen, ausser die Vorgaben umzusetzen. In den letzten Jahren gab es verschiedene Turbulenzen. Die neue Leitung bietet positive Aspekte. Das gilt es zu würdigen, daher stimmen wir dem Bericht zu.

Rahel Habegger (SP): Der Geschäftsbericht der AOZ zeigt eine Organisation, die sich in einem dynamischen und herausfordernden Umfeld bewegt. Positiv ist einerseits der Fokus auf Integration und Teilhabe. Die AOZ setzt wichtige Akzente in der beruflichen und sozialen Integration von Geflüchteten. Das führt zu mehr Chancengleichheit und gesellschaftlicher Solidarität. Verhandlungen zu einem neuen Gesamtarbeitsvertrag mit dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) zeigen, dass die AOZ die Interessen ihrer Mitarbeitenden ernst nimmt. Die Reorganisation mit dem Projekt «Optimus» zielt auf mehr Effizienz und Transparenz ab, was wir begrüssen, solange die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden. Nun zu den kritischen Punkten wie dem Fachkräftemangel: Dieser wird zwar erwähnt, doch es ist unklar, ob die AOZ wirklich genug in gute Arbeitsbedingungen, Weiterbildungen und die Arbeitsplatzsicherheit investiert. Gerade im sozialen Sektor, wo es oft prekäre Beschäftigungsbedingungen gibt, scheint es uns wichtig, eine stärkere sozialpolitische Positionierung einzunehmen. Die geplante Modernisierung der digitalen Strukturen ist sinnvoll, darf aber nicht dazu führen, dass persönliche Beratung und Betreuung zugunsten der Effizienz zurückgehen. Der Verlust des kantonalen Auftrags für Durchgangszentren führte zu einem Stellenabbau und grossen Unsicherheiten bei den Mitarbeitenden. Hier fehlt uns eine kritische Reflexion, ob die AOZ genug gemacht hat, um Alternativen für die betroffenen Beschäftigten zu schaffen. Die AOZ agiert als Dienstleisterin. Sie äussert sich kaum zu restriktiven Asylgesetzen oder zur Dublin-Praxis, die viele Geflüchtete in prekäre Situationen bringen. Hier würden wir uns mehr politische Fürsprache wünschen. Sie soll sich nicht nur als Dienstleisterin, sondern als sozialpolitische Akteurin verstehen. Ich danke allen Mitarbeitenden und der AOZ für die wertvolle Arbeit. Die SP stimmt dem Antrag des Stadtrats zu.

Michael Schmid (FDP): Zur Forderung von Rahel Habegger (SP), dass sich die AOZ in sozialpolitische Diskussionen einbringen soll: Das sehen wir dezidiert anders. Die AOZ hat sich politisch neutral zu verhalten. Bundesgesetzgebende sind der National- und Ständerat unter Vorbehalt von Volksentscheiden. Dort hat die Diskussion stattzufinden. Wenn die AOZ sich als Dienstleisterin versteht, kommt sie ihrem Auftrag nach.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Menschen, die diese Arbeit machen, verdienen wirklich grossen Dank und Respekt. Die komplexen Situationen sind nicht einfach handzuhaben und können nur mit grosser intrinsischer Motivation bewältigt werden. Die Planbarkeit in die-



3 / 3

sem Business ist schwierig, die Zukunft bleibt ungewiss. Darum ist Stabilität in der Führungsstruktur umso wichtiger. Eine Bemerkung zum Votum von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist schon so, dass die Stadt als Kommune einen gewissen Spielraum hat und diesen ausnützt. Das ist vom Gesetzgeber so vorgesehen. Darum können wir über die AOZ gewisse Schwerpunkte setzen und Einfluss auf Elemente der Flüchtlingspolitik nehmen. Es kann aber nicht an der AOZ liegen, politische Positionen zu ergreifen.

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Sanija Ameti (Parteilos); Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 110 gegen 2 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2024 der Asyl-Organisation Zürich (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 2. Juli 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat